

Neuaufschwung oder Abflauen der Protestbewegung in Frankreich?

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat angesichts der unsicheren Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung, wo seine Partei "Renaissance" in der Minderheit ist, auf die zentrale parlamentarische Abstimmung über seine Rentenabbau-Pläne verzichtet und sie stattdessen mit Hilfe des präsidialen Notstandsartikels 49.3 der Verfassung durchgewunken. Um die massiven Verschlechterungen in Kraft zu setzen, bedarf es jetzt nur noch der Zustimmung des Verfassungsrates und der Veröffentlichung im Amtsblatt.

Doch mit seinem Winkelzug hat Macron auch seine relative politische Schwäche eingestanden. Ein Misstrauensantrag gegen seine Regierungschefin Elisabeth Borne wurde bereits eingereicht. Darüber abgestimmt wird zu Beginn der kommenden Woche. Angesichts dessen und aufgrund der autoritären Vorgehensweise hoffen die Gewerkschaften auf neuen Schwung und erhöhte Kampfbereitschaft der Protestbewegung auch und gerade in Form von Streiks, um das Land lahmzulegen und die Gegenreform doch noch zu verhindern.

Mit dieser Ausgangslage beschäftigt sich der folgende, von uns übersetzte, Artikel des den sozialen Bewegungen gewidmeten linken französischen Onlineportals "Rapports de Force" vom 16.3.2023.

Mit solidarischen Grüßen,
GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

"Rapports de Force" 16. März 2023

Ein Artikel 49.3, um die Mobilisierung wieder in Gang zu bringen?

Stéphane Ortega + Guillaume Bertrand

Es ist soweit: Die Regierung hat zum Artikel 49.3 gegriffen, um eine mehrheitlich unpopuläre Rentenreform durchzusetzen. Diese Maßnahme könnte die Mobilisierung wieder ankurbeln und das Gegenteil von dem bewirken, was sie bezweckt: das Scheitern der Regierung zu bestätigen.

Als die Regierung am frühen Nachmittag Artikel 49.3 der Verfassung anwandte, um ihre Reform ohne Abstimmung zu verabschieden, setzte sie sich mit Gewalt durch. Sie könnte damit aber auch ihr eigenes Grab schaufeln, da sie keine Legitimität mehr durch die nationale Vertretung beanspruchen kann, die sie der Legitimität der Straße

und der Streiks entgegenstellen könnte. Es beginnt eine Phase institutioneller und politischer Instabilität.

Zwar ist das Reformprojekt in diesem Stadium validiert und könnte seinen Weg normal fortsetzen. Zunächst vor dem Verfassungsrat, dann durch die Verkündung des Gesetzes und schließlich mit seinen Durchführungsdekreten, die darauf warten, im Amtsblatt veröffentlicht zu werden. Die Anwendung von Artikel 49.3 bedeutet jedoch, dass die Opposition innerhalb von 24 Stunden einen Misstrauensantrag stellen kann. Der Antrag der ((kleinen 20köpfigen aus Liberalen, Unabhängigen und Regionalisten bestehenden)) LIOT-Fraktion liegt bereits auf dem Tisch, sofern Elisabeth Borne nicht zurücktritt. Dieser Antrag könnte die Stimmen aller Oppositionsparteien vereinen. Sollte er am Montag, dem 20. März, angenommen werden, würde dies die Premierministerin zum Rücktritt zwingen.

Je nachdem, wie sich die Abgeordneten der Republikaner verhalten, ist ein Mehrheitsvotum jedoch nicht völlig ausgeschlossen. Zumal die Straße und der Streik weiterhin auf den Plenarsaal einwirken, so wie sie auch auf die Abstimmung über das Gesetz einwirkten und die Regierung zur Anwendung des 49.3-Verfahrens zwangen. Ohne zu viel zu spekulieren, taucht die Frage nach einer Auflösung der Nationalversammlung als möglicher Ausweg aus der Krise wieder auf. Es sei denn, sie eröffnet eine neue.

Ein 49.3, um den Streik neu zu beleben?

Die Intersyndicale ((d.h. die 8 verbündeten Gewerkschaftszentralen)) hat bereits zwei Zeitpunkte angekündigt. Dieses Wochenende für neue Demonstrationen und Donnerstag, den 23. März, mit einem großen, branchenübergreifenden Streiktag. In der Zwischenzeit werden die Streiks, die verlängerbar sind, fortgesetzt und könnten sich sogar noch verstärken.

Für die Eisenbahner ist der 49-3 ein erster Sieg. "Es ist die soziale Wut, die dazu geführt hat, dass die Abgeordneten den Schwanz eingezogen haben und die Regierung dazu gezwungen wurde", erklärt Julien Troccaz. Ab morgen will der Gewerkschafter von Sud-Rail wieder zu seinen Kollegen gehen, um die Truppen neu zu mobilisieren. Er hofft, dass der Streik ab Montag wieder aufgenommen wird, da das fahrende Personal eine 48-stündige Streikvorankündigung abgeben muss. Am Freitag sollen die vier Gewerkschaftsverbände CGT, CFDT, UNSA und SUD Rail zusammenkommen, um die weiteren Schritte der Mobilisierung festzulegen.

Bei den Hafen- und Dockarbeitern ist die Ankündigung des 49.3 auch eine gute Nachricht und bestätigt einmal mehr, dass die Regierung in der Minderheit ist und mit Gewalt durchgreifen will. In diesem Sektor, in dem die CGT tonangebend ist, streikten die Beschäftigten diese Woche drei Tage lang und organisierten am Donnerstag sogar einen Tag der "toten Häfen". Noch ist nichts Genaues über die nächsten Schritte bekannt, "aber es wird weitere Schritte geben, wir werden uns

morgen treffen, um darüber zu entscheiden", sagt Pascal Galéoté von der CGT im Hafen von Marseille.

Natürlich ist die Motivation nicht überall gleich hoch. Sechs der sieben französischen Raffinerien befanden sich am 16. März immer noch in einem verlängerbaren Streik. Doch dieser Streik stellt seine Initiatoren nur zur Hälfte zufrieden. Denn während der Versand von Kraftstoffen zum Erliegen gekommen ist, läuft die Raffinerie weiter. "Normalerweise ist nach drei oder vier Tagen Lieferblockade alles vorbei: Die Streikenden stellen den Raffineriebetrieb ein. Jetzt ist es schon über eine Woche her und man muss feststellen, dass die Jungs nicht wollen. Das ist das Ergebnis einer Sitzung, die wir heute Morgen hatten", bedauert Eric Sellini, Koordinator der CGT Total. Kann die Ankündigung des 49.3 die Situation ändern? "Das wird uns vielleicht ermöglichen, den Streik bis zur Abstimmung über den Misstrauensantrag durchzuhalten...", ergänzt der CGT-Gewerkschafter.

Repression gegen die Müllerker und die Energieversorger

Vor allem: Die langfristig Streikenden sind zunehmend mit Repressalien ausgesetzt. Die Pariser Stadtreinigung, die sich mindestens bis zum nächsten Montag in einem verlängerbaren Streik befindet, wurde gerade von Laurent Nunez, dem Polizeipräfekten von Paris, beschlagnahmt. Die Gewerkschaften des Sektors wissen jedoch, dass diese Dienstverpflichtung keine unmittelbare Wirkung haben wird.

"Die Präfektur ist wahrscheinlich mehr damit beschäftigt, die spontanen Demonstrationen in den Griff zu bekommen, die seit der Ankündigung des 49.3 in Paris stattfinden, als die Requirierung der Müllmänner", schmunzelt François Livartowski, Generalsekretär der CGT Services Publics (Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst). Er weiß vor allem, wie komplex die Umsetzung dieser zwangsweisen Verpflichtung zur Arbeit sein wird. "Die ((der Sozialistischen Partei angehörende)) Bürgermeisterin ((Anne Hidalgo)) von Paris hat der Präfektur eine Liste mit 5000 Namen ((Anm.1)) übermittelt. Das sind sehr viele Menschen. Außerdem werden die Angestellten der Verbrennungsanlagen nicht dienstverpflichtet und man kann den Müll immer noch nicht verbrennen."

Die Energieversorger, die seit Beginn des Konflikts stark mobilisiert wurden, sind ebenfalls Zielscheibe der Repression. Am 16. März organisierten sie eine Kundgebung zur Unterstützung von sechs ihrer Kollegen, die wegen Streiks in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Vier von ihnen befinden sich noch immer dort. Die FNME-CGT ruft dennoch dazu auf, den Streik zu verschärfen. In ihrem letzten Kommuniqué heißt es, dass "König Macron das Land in eine große politische und soziale Krise stürzt".

Anmerkungen: 1) Einen Tag später, am 17. März 2023, war bei "Rapports de Force" diesbezüglich von "4.000 Namen" die Rede, die der Präfektur von der "sozialistischen" Bürgermeisterin übermittelt wurden.

((Übersetzung + Anmerkungen: Gewerkschaftsforum Hannover))

Siehe zum Hintergrund als Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften geschlossen im Widerstand](#)